

Sammelrez: Deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte(n)

Wengst, Udo; Wentker, Hermann (Hrsg.): *Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz*. Berlin: Christoph Links Verlag 2008. ISBN: 978-3-86153-481-5; 383 S.

Möller, Frank; Mählert, Ulrich (Hrsg.): *Abgrenzung und Verflechtung. Das geteilte Deutschland in der zeithistorischen Debatte*. Berlin: Metropol Verlag 2008. ISBN: 978-3-940938-03-9; 208 S.

Rezensiert von: Dorothee Wierling, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Wie kann man eine deutsche Nachkriegsgeschichte schreiben, in der sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR einen Platz finden, und die zugleich die Beziehung zwischen beiden Staaten und Gesellschaften in einer integrierten Geschichte thematisiert? Und muss man das überhaupt? Während es unstrittig ist, dass die Geschichte der DDR ohne ihr „Anderes“, die Bundesrepublik, nicht plausibel dargestellt werden kann, gilt dasselbe umgekehrt anscheinend weniger. Dies zeigen die vorhandenen westdeutschen Nachkriegsgeschichten selbst solcher Autoren, die die DDR nicht, wie kürzlich Hans-Ulrich Wehler, offen und offensiv im Mülleimer der Vergangenheit entsorgen wollen.

Demgegenüber thematisieren zwei im Jahr 2008 erschienene Sammelbände die Frage nach einer aufeinander bezogenen Geschichte der beiden deutschen Nachkriegsstaaten als ein notwendiges, ernsthaftes, aber auch konzeptionell schwieriges Unterfangen. Das von Frank Möller und Ulrich Mählert herausgegebene Buch „Abgrenzung und Verflechtung“ enthält im ersten Teil Protokolle von sieben Gesprächen, die Möller mit namhaften Zeithistorikern führte, um die Möglichkeiten und Probleme einer integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte auszuloten. In diesen Gesprächen, die zunächst als Radiobeiträge des Deutschlandfunks ausgestrahlt wurden, geht es einerseits um bestimmte historische Abschnitte oder thematische Schwerpunkte der deutschen Geschichte nach 1945 – den Umgang mit dem Erbe des Nationalsozialismus (Norbert Frei), die Bedeutung von „Frieden“

und „Freiheit“ als politischen Kern-Werten (Anselm Doering-Manteuffel), den Mentalitätswandel der 1960er- und 1970er-Jahre (Edgar Wolfrum), den ökonomischen Strukturwandel der 1970er- und 1980er-Jahre (Ralph Jessen), die Ausgestaltungen des Sozialstaats (Hans Günter Hockerts), die Erinnerungskultur nach 1989 (Bernd Faulenbach) und allgemeiner die Potenziale einer integrierten Geschichtsschreibung des deutschen Nachkriegs (Andreas Wirsching). Vor allem aber geht es um die konzeptionelle Frage, ob und wie eine solche Geschichte überhaupt geschrieben werden kann. Dem Interviewer gelingt es durch eine kluge Gesprächsregie, den Kollegen neben ihrer jeweiligen Expertise auch Aussagen zu deren gesamtdeutschem Potenzial zu entlocken. Das Genre des Radiofeatures tut den professoralen Äußerungen insgesamt außerordentlich gut: Sie sind klar, auf das Wesentliche konzentriert und eignen sich als Einführung in das jeweilige Thema; zugleich erlaubt die Lektüre einen guten Einblick in die denkbaren Konstruktionsprinzipien einer deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte.

Die Vorschläge sind freilich von unterschiedlicher Qualität, und das ist nicht nur abhängig davon, wie intensiv sich der Historiker in beiden Geschichten auskennt. Etwas mehr als die Beobachtung, dass die DDR nach dem Mauerbau nur noch ein großes Gefängnis war, in dem man von westlichen Kultureinflüssen völlig abgeschnitten gewesen sei und in dem eine „forcierte Sowjetisierung“ stattgefunden habe (S. 49), sollte man über die DDR der 1960er-Jahre schon zu sagen haben, wenn man sich an eine integrierte Geschichte heranwagt. Dieses von Edgar Wolfrum entworfene Bild wird allerdings von Ralph Jessen im Anschluss indirekt kritisch kommentiert, wenn er in einer sorgfältigen Analyse sowohl auf die gemeinsamen Herausforderungen der Strukturkrise der 1970er-Jahre eingeht als auch die (letztlich gescheiterten) Modernisierungsanstrengungen in der DDR der 1960er-Jahre erwähnt. Besonders anregend lesen sich die Gespräche mit Doering-Manteuffel und Hockerts. Letzterer ordnet kenntnisreich und luzide die jeweilige Ausformung der Sozialstaatlichkeit in Ost und West einerseits in die deutsche Geschichte seit

dem Ende des 19. Jahrhunderts ein; andererseits verweist er auf ihre Bedeutung für die Legitimität der politischen Systeme und zeigt drittens, in welcher Weise (und unterschiedlichem Maße) bei der Sozialpolitik der jeweils andere deutsche Staat als Referenzsystem gewirkt hat. Doering-Manteuffel entfaltet die Bedeutung der Friedens- und Freiheitshetorik im Ost-West-Gegensatz und zeigt zugleich, wie sich deren Stellenwert im Laufe der Nachkriegsgeschichte wandelte: von ihrer Rolle im Kalten Krieg der 1950er-Jahre über den relativen Bedeutungsverlust in den 1970er-Jahren bis hin zur wechselseitigen Inanspruchnahme durch oppositionelle Kräfte im jeweils anderen deutschen Staat – hier die Forderung nach Bürgerrechten, dort die Entsehung einer Friedensbewegung.

Knapp und prägnant eingeführt von Ulrich Mählert und Manfred Wilke, findet sich im zweiten Teil des Bandes die Dokumentation einer Debatte, die im Jahr 2003 mit einer Fundamentalkritik Jürgen Kockas an der DDR-Geschichtsschreibung seit 1990 eingeleitet wurde. Dieser hatte drei Hauptdefizite der bisherigen Forschung benannt: die Vernachlässigung von Wandel und Bindekräften zur Erklärung der relativen Stabilität des SED-Regimes jenseits der bloßen Gewaltdrohung; die Selbstbezogenheit, das Unvermögen der Forschung, den Gegenstand in die gesamtdeutsche und europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts einzuordnen; und schließlich das über das Übliche hinausgehende Ausmaß politischer Instrumentalisierung der Forschungsergebnisse. Demgegenüber hatte Kocka nicht nur ein breiteres Meinungs- und Methodenspektrum eingefordert (mit selten gewordener Liberalität auch den Einbezug „minderheitlicher“ Positionen einiger aus der DDR selbst stammender Historiker, S. 151), sondern insbesondere mehr vergleichende Arbeiten und damit bessere Integration in diese größeren Zusammenhänge. Ihm antwortete seinerzeit ein kleines Autorenkollektiv aus der Berliner Dependence des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) mit dem Gegenargument, erst eine gründlich durchforschte DDR biete eine solide Basis für sinnvolle Vergleiche – dieser Stand sei aber noch keineswegs erreicht, und eine vor Schnelle Einordnung der DDR in ein ge-

samtdeutsches, europäisches oder sogar globales Vergleichssystem berge die Gefahr, die DDR „selbst aus dem Blick zu verlieren“ (S. 161). Die darauf folgende kurze Replik aus dem Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) griff Kockas Kritik auf und präzisierete sie weiter in Richtung eines Forschungsprogramms, in dem die DDR als Fallbeispiel für „die entscheidende Frage des 20. Jahrhunderts“ gelten und erforscht werden könne: die Frage nach „der säkularen Konkurrenz von liberaler und illiberaler Moderne und der Fähigkeit konkurrierender Herrschaftssysteme, Massenloyalität zu erzeugen, aber auch ihres Unvermögens, diese Bindungskraft auf Dauer aufrechtzuerhalten“ (S. 170).

Zwei Jahre später, im Herbst 2005, griffen die Kollegen des IfZ die Debatte noch einmal auf und entwarfen in einem ausführlichen Artikel ein Tableau der zukünftigen DDR-Forschung im Dreierschritt von „eigenständiger“ DDR-Forschung, Kontextualisierung in die gesamtdeutsche Geschichte und Einbindung in eine europäische Perspektive. Das Meiste aus diesem Programm kann als konsensfähig unter allen DDR-Forschern gelten – was in einem etwas merkwürdigen Gegensatz zu den Versuchen der Autoren steht, sich dezidiert von jenen abzugrenzen, die vermeintlich die DDR nicht als eigenständigen Forschungsgegenstand anerkennen, sondern sie durch den voreiligen Vergleich dieses Rechtes berauben wollen. Dass der Vergleich eine produktive Strategie sein könnte, gerade das Besondere der DDR als System und halbe Nation zu erhellen, also ein Zugang zur und nicht weg von der DDR-Geschichte sein könnte, darauf sind die Autoren nicht gekommen. Beim Lesen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass alle Beteiligten die zweifellos vorhandenen Unterschiede ihrer Ausrichtung künstlich verstärken, um ihre Position im Kampf um Ressourcen zu verbessern. Polemik macht zweifellos Spaß und regt an – wenn auch nur in Grenzen. Das offensive Bekenntnis der IfZ-Autoren zu einem „avancierten politikgeschichtlichen Untersuchungsansatz“, einer „Diktaturanalyse mit Methoden der Sozial-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturgeschichte“ (S. 200), verweist immerhin auf eine erkennbare Differenz.

Deshalb ist es lohnend, mit dem zweiten hier zu besprechenden Sammelband – überwiegend von Autoren aus dem IfZ Berlin stammend und jedenfalls seinem Programm verpflichtet – zu überprüfen, wie dieses Versprechen empirisch eingelöst wird. In dem von Udo Wengst und Herrmann Wentker herausgegebenen und eingeleiteten Band „Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz“ wird in 15 Aufsätzen die Geschichte der DDR in ihrer Beziehung zur Bundesrepublik und *vice versa* abgesprochen.¹ Ausgangspunkt ist jeweils ein Jahr und ein Ereignis, von dem aus Längsschnitte vor und zurück vorgenommen werden – allerdings selten über das Jahr 1949 oder 1989 hinaus. Beide Jahre, also Begründung (1949: Horst Möller) und Ende (1989: Andreas Wirsching) der Teilungsgeschichte, werden zum Anlass genommen, das Verhältnis von Staatlichkeit und Nation im Prozess des Auseinanderfallens bzw. Wiederzusammenfügens zu thematisieren. Dazwischen werden Geschichten erzählt, deren jeweiliger Ausgangspunkt (zum Beispiel Kirchentag in Leipzig 1954, Sparwassertor 1974 oder Honeckers Bonn-Besuch 1987) allerdings nicht zu einer verdichtenden Mikrostudie, sondern lediglich als Aufhänger für den anschließenden Längsschnitt genutzt wird.

Wie also bewährt sich die so genannte integrative Politikgeschichte? Ganz überwiegend ist sie von einer konventionellen Politikgeschichte kaum zu unterscheiden. Hinter dem Kollektivsubjekt DDR verbergen sich in der Regel die politischen Führer, denen im oben besprochenen Band ja auch vorrangig der Status politischer Akteure zugesprochen wird (Bispinck u.a., S. 199f.). Gesellschaftliche Dynamiken spielen eine geringe Rolle, und im Fall der DDR scheint es so etwas wie Gesellschaft meist gar nicht zu geben. In anderen Worten: Es überwiegt ein sehr enges Verständnis von Politik, bei dem der politischen Relevanz von allmählichen Mentalitätsveränderungen, dem eigensinnigen Handeln sozialer Gruppen oder den langfristig wirksamen Strukturveränderungen von Industriegesellschaften wenig Beachtung zukommt.

¹Der Band ist auch bei der Bundeszentrale für politische Bildung erhältlich: <http://www.bpb.de/publikationen/9511PR,0,0,Das_doppelte_Deutschland.html> (20.4.2009).

Es ist eben ein Missverständnis, wenn man Sozial-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturgeschichte lediglich als Methodenzulieferer der Politikgeschichte sieht und ihr Potenzial für neue Fragestellungen missachtet, weil man sie generell unter den Verdacht des Unpolitischen stellt.

Bei dieser allgemeinen Kritik soll es aber nicht bleiben. Denn in einigen Beiträgen gelingt es durchaus, Politikgeschichte mit anderen Ansätzen zu erweitern und dabei über den Untertitel des Bandes, das Postulat der 40-jährigen Systemkonkurrenz, hinauszugehen. Beispielhaft seien hier die Beiträge von Anne Rohstock über Bildungspolitik und von Michael Schwartz über Reformen des Abtreibungsstrafrechts genannt. Bei der Darstellung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede, der Gleichzeitigkeiten und Ungleichzeitigkeiten in der Bildungsfrage bindet Rohstock die jeweilige Bildungspolitik nicht nur an längere (deutsche) Traditionen, sondern diskutiert auch die unterschiedlichen gesellschaftlichen Problemlagen, etwa die generations- und geschlechtsspezifischen Chancen und die damit verbundenen sozialen Aufstiegsmöglichkeiten. Eine im engeren Sinne politikgeschichtliche, aber interessant verwickelte deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte erzählt Schwartz über die Reform des § 218. Es handelt sich um einen der wenigen Fälle (die Reform des Homosexuellenparagrafen in der DDR gehört ebenfalls dazu), bei der die DDR-Politik sich liberaler zeigte als die westdeutsche – und damit durchaus eine Herausforderung darstellte, weil sie dem gesamtdeutschen Wertewandel in Fragen der Sexualität stärker entsprach als die noch zögernde westdeutsche politische Klasse. Bemerkenswert ist an Schwartz' Artikel auch, dass sich hier zwei der ganz wenigen Fußnotenverweise auf nichtdeutsche Forschungsliteratur finden (nämlich auf Arbeiten der US-Amerikanerin Donna Harsch). Ansonsten wird die nichtdeutsche Forschung zur DDR-Geschichte – außerhalb des internationalen Kontexts Kalter Krieg – weitgehend ignoriert. Das ist ein anderer Tellerrand, über den zu schauen sich lohnen würde.

Insgesamt scheint das methodisch erweiterte politikgeschichtliche Potenzial einer integrierten Geschichtsschreibung noch nicht

ausgeschöpft zu sein, und überhaupt stellt sich die Frage, wie weit dieser Ansatz trägt. Mit dem vorliegenden Band hat das IfZ jedenfalls seinen Anspruch auf die Interpretation der deutsch-deutschen Geschichte angemeldet. Vielleicht erweist sich diese Konkurrenz ja am Ende als produktiv für alle Beteiligten.

HistLit 2009-2-143 / Dorothee Wierling über Wengst, Udo; Wentker, Hermann (Hrsg.): *Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz*. Berlin 2008, in: H-Soz-u-Kult 27.05.2009.
HistLit 2009-2-143 / Dorothee Wierling über Möller, Frank; Mähler, Ulrich (Hrsg.): *Abgrenzung und Verflechtung. Das geteilte Deutschland in der zeithistorischen Debatte*. Berlin 2008, in: H-Soz-u-Kult 27.05.2009.